

Zeichen	91/2011
Status-Modellierung	intern geprüft
Status-Test	erledigt
Status Testgenerator	erledigt
Umsetzung	H

# VAMS: Auskunftssperren bei beigeschriebenen Personen

## Problemstellung

Dieser Änderungsantrag stammt aus 2009. Er problematisiert die Übermittlung von Personendaten im Rahmen eines Zuzugs, wenn es sich um Personen handelt, die nicht mit zuziehen und für die ggf. eine Auskunftssperre notiert ist.

Die grundsätzliche Problematik Auskunftssperren bei beigeschriebenen Personen wird im Änderungsantrag 79-2011 bearbeitet.

## Lösung

Klarstellung über Handlungsanweisungen zu den Versionen 1.6 bis 1.7 und in der Spezifikation wie mit Daten von Personen umzugehen ist, wenn diese bei einem Umzug nicht mit zuziehen.

Es dürfen nur dann Daten einer nicht zuziehenden natürlichen Person im VAMS übermittelt werden, wenn die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. Für die nicht zuziehende natürliche Person existiert ein Eintrag im Melderegister der Wegzugsgemeinde (aktuell oder nicht aktuell).
2. Für die nicht zuziehende natürliche Person ist in dem Eintrag keine Auskunftssperre gespeichert.

Die grundsätzliche Problematik Auskunftssperren bei beigeschriebenen Personen wird im Änderungsantrag 79-2011 bearbeitet.

# Antragsdetails

Antragsteller: Raik Haase

Erfasst am: 28.09.2009

Bezug: Spezifikation 1.6 – Kapitel 3.3.1

## Analyse des Änderungsantrags

Die Spezifikation 1.4 beschreibt in Kapitel 3.3.1 im zweiten Abschnitt, dass der VAMS nicht eingesetzt werden darf, wenn mindestens eine der nicht zuziehenden Personen (Partner/Vertreter/Kind) eine Auskunftssperre hat.

Nicht zuziehend bezieht sich dabei auf Personen, die vor oder nach dem Geschäftsprozess Anmeldung nicht (mehr) unter derselben Anschrift gemeldet sind.

Dabei stellt sich die Frage, woher die Meldebehörde, welche die VAMS Auskunft erteilt die Existenz von Auskunftssperren bei beigeschriebenen Personen in ihrem Datenbestand erkennen und berücksichtigen kann bzw. muss.

Ausgangspunkt der Überlegung ist die Situation, dass bei einem noch verheirateten Ehepaar die Ehefrau bereits vor der (VAMS-)Anmeldung aus der gemeinsamen Wohnung in der Wegzugsgemeinde verzogen ist

(a) in eine andere Wohnung in der Wegzugsgemeinde oder

(b) in eine andere Wohnung in einer anderen Gemeinde

ohne die ehemals gemeinsame Wohnung beizubehalten. Damit ist die Ehefrau in der Wegzugsgemeinde als verzogen (inaktiv) gemeldet.

Es stellt sich die Frage, ob in Fall (a) und/oder (b) die neue Anschrift der Ehefrau beim Datensatz des Ehegatten unter beigeschriebene Person vermerkt wird.

Wenn dies der Fall ist, ergibt sich eine Problemsituation für den VAMS, sofern sich die Ehefrau nunmehr an der neuen Anschrift eine Auskunftssperre einrichten lässt.

Diese Information wird zur Zeit an die Meldebehörde in der Wegzugsgemeinde nicht übermittelt, da sie dort ja nicht mehr aktiv gemeldet ist. Außerdem könnte dies auch nicht am Datensatz des Ehemanns unter beigeschriebene Person vermerkt werden, da es hierfür kein DSMeld-Feld gibt.

Wenn nun der Ehemann aus der ehemals gemeinsamen Wohnung allein in eine neue Wohnung, (in der gleichen oder einer anderen Gemeinde) zieht und dort einen VAMS beantragt:

1. Darf er einen VAMS erhalten?
2. Darf der VAMS die Daten der beigeschriebenen Ehefrau inkl. ihrer neuen Anschrift erhalten?
3. Wie soll die Wegzugsgemeinde erkennen, dass die Ehefrau (insbesondere wenn diese in eine neue Gemeinde verzogen ist) eine Auskunftssperre eingerichtet hat?

## Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

1. Es dürfen nur Daten der nichtzuziehenden Person geliefert werden, sofern der bisherige AGS der zuziehenden und der nichtzuziehenden Person identisch sind und die nichtzuziehende Person keine Auskunftssperre hat. Sind der AGS der zuziehenden Person und der nicht zuziehende Person unterschiedlich, so dürfen

keine Daten übermittelt werden, da die Wegzugsmeldebehörde keine sichere Kenntnis über eine mögliche ASP der beigeschriebenen Person hat.

2. Optimal wäre ein Verfahren, bei dem die Wegzugsmeldebehörde über Auskunftssperren bei beigeschriebenen Personen jederzeit informiert wird. :
  - a) Bei der Einrichtung einer Auskunftssperre für eine Person in einer Meldebehörde werden ALLE dort bekannten Meldebehörden mit aktiven und inaktiven Wohnungen dieser Person benachrichtigt.
  - b) Im Melderegister der benachrichtigten Gemeinden wird in allen Datensätzen der dort gemeldeten Personen nach beigeschriebenen Personen gesucht, auf die sich diese Auskunftssperre bezieht.
  - c) Die Auskunftssperre wird an den gefundenen beigeschriebenen Personen vermerkt (Änderung DSMeld!)
  - d) Diese Information wird von der Wegzugsmeldebehörde benutzt, um bei der Erteilung einer VAMS Auskunft (301) zumindest die (neue) Anschrift der betreffenden beigeschriebenen Person zu unterdrücken, unabhängig davon, ob sie mit der Person mitzieht oder bleibt.

Lösung 2 erfordert gesetzliche Änderungen und ist daher kurzfristig kaum realisierbar.

## Bewertung

Bewertungskriterien										Aufwandsschätzung	
Gesetzliche Vorgabe	Fehler	Eindeutigkeit	XÖV-Konformität	Erleichterung MB	Erleichterung AB	XMeld-Prozesse	Wartbarkeit	Fachlicher Aspekt	Detail	Modellierung	0,67
										Test	0,34
										Hersteller	1
										Betroffene Dokumente	
										Spezifikation	
										Has	1.4, 1.5, 1.6, 1.6.1, 1.7
										Verwandte CRs	2011-79

**Bewertet durch: EG W&P**

**Bewertet am: 2010-01-12**

## Bearbeitung

Wartend auf:

Betrifft	Aktivität	Status Mod	Status Test
HA	Erweiterung und Herausgabe der HAs zu 1.4 bis 1.6 (EG10-02 ToDo 6)	2010-02-19	-----
HA	Korrektur der Regelung gemäß Bearbeitung am 11.03.2010 in 1.4-1.6	2010-03-11	-----
Melderechte der Länder	Abstimmung zwischen den Ländern über BMI initiieren (EG10-03 ToDo 1)	2010-04-12	-----
Spezifikation	Überarbeiten von 3.1.3 und 3.3.1. (vgl. 2011-02-10 2.+3.)	2011-02-15	2011-05-04
HA	Übernahme der Regelungen aus 1.6 in 1.6.1 und 1.7	2011-02-15	2011-05-04
Spezifikation	Glossar um Umzugsverband erweitern	2011-02-15	2011-05-04
Testsuite	Testfälle VAMS mit Auskunftssperre überprüfen	-----	2011-11-09

HAW 1.7	HAW 1.7 gemäß Bearbeitung von 2011-05-04 anpassen		2011-10-10
Generator	Nachricht 300 und 301 zu Testfall 02.002.001.004 prüfen. Prüfen, ob eingetragene Sperre die übrigen Nachrichten beeinträchtigt	-----	

**Bearbeitet durch: OSCI LS**

**Bearbeitet am: 2009-09-28**

**Bearbeitungsdauer:**

Die Fortschreibungsnachricht für Auskunftssperren (0005) wird laut Spezifikation an aktuelle und inaktuelle Wohnungen gesendet. Das Problem, dass diese Information für beigeschriebene Personen nicht gespeichert werden kann, ist davon jedoch unberührt.

Könnte die Auskunftssperren-Problematik nicht dadurch gelöst werden, für Ehegatten und Lebenspartner keine neue Anschrift in der 0301 zu übermitteln? Nach der in XMeld geltenden Voraussetzung ist der VAMS nur dann zulässig, wenn alle zuziehenden Personen eines Umzugsverbandes in der Wegzugsgemeinde unter der selben Anschrift gemeldet sind (Kapitel 3.1.2). Diese Wegzugsanschrift wird aber bereits durch die Zuzugsmeldebehörde in der 0300-VAMS-Anfragenachricht übermittelt und könnte daher ohne Informationsverlust in der 0301-VAMS-Antwortnachricht entfallen.

**Bearbeitet durch: EG W&P**

**Bearbeitet am: EG09-09**

**Bearbeitungsdauer:**

Der Sachverhalt wird in Release F erneut behandelt

**Bearbeitet durch: W&P Mod**

**Bearbeitet am: 2010-02-11**

**Bearbeitungsdauer:**

Zweistufige Lösung:

1. Herausgabe von Handlungsanweisungen zu 1.4 bis 1.6, in denen geregelt wird, dass nur dann Daten zu nicht zuziehenden Personen übermittelt werden, wenn die nicht zuziehende Person in der Wegzugsgemeinde wohnt oder gewohnt hat und für diese Person keine Auskunftssperre gespeichert ist.
2. In Abhängigkeit von der Novellierung der 1.BMeldDÜV kann die Lösung der ersten Stufe (die den Komfort des VAMS beeinträchtigt) durch die Lösung 2 aus dem Lösungsvorschlag abgelöst werden.

**Bearbeitet durch: AKDB**

**Bearbeitet am: 2010-02-26**

**Bearbeitungsdauer:**

Die gefundene Regelung in den Handlungsanweisung schließt die Übermittlung der Daten einer nicht zuziehende Person mit Auskunftssperre aus. Dies beinhaltet die Gefahr, dass durch die Eintragung von Auskunftssperren die Existenz von beigeschriebenen Personen verheimlicht wird. Aus diesem Grund sollte für diese Fälle nur auf die Übermittlung der Anschrift der nicht zuziehenden Person verzichtet werden.

---

**Bearbeitet durch: W&P Mod**

**Bearbeitet am: 2010-03-11**

**Bearbeitungsdauer:**

---

Die in der HA gefundene Lösung, bei Vorliegen einer ASP einer beigeschriebenen Person keine Daten (und nicht nur keine Daten zur Anschrift) zu übermitteln, erscheint mit den gesetzlichen Regelungen konform zu gehen.

Der von der AKDB am 26.02.2010 eingebrachte Aspekt, dass dieses Vorgehen die Möglichkeit zur Verschleierung von Ehegatten und GVs eröffnet, ist in der Sache richtig, wird aber in Praxis nicht oft vorkommen. Daher ist eine Lösung nicht zeitkritisch.

Die Länderrechte schreiben unterschiedliche Umgänge mit Auskunftssperren vor. Es wird versucht, über das BMI eine länderübergreifende einheitliche Lösung zu initiieren (siehe EG10-03 ToDo 1).

Unabhängig davon muss die HA angepasst werden:

„Es dürfen nur dann Daten einer nicht zuziehenden natürlichen Person übermittelt werden, wenn die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:...“

---

**Bearbeitet durch: AKDB**

**Bearbeitet am: 2010-03-24**

**Bearbeitungsdauer:**

---

Das Problem der Verschleierung von Ehegatten oder Lebenspartnern, wenn bei Vorliegen einer ASP keine Daten zum Lebenspartner oder Ehegatten mitgeteilt werden (vgl. Bearbeitung 26.02.2010), besteht nicht, da die Daten zu den Ehegatten, gesetzlichen Vertretern oder den Ehegatten mit der Rückmeldeauswertung der Zuzugsmeldebehörde vorliegen.

---

**Bearbeitet durch: EG W&P**

**Bearbeitet am: 2010-04-12**

**Bearbeitungsdauer:**

---

ToDo 1 aus EG10-03 wurde erledigt, die Diskussion ergab jedoch, dass diesbezüglich keine Abstimmung zwischen den Ländern nötig ist.

---

**Bearbeitet durch: OSCI LS**

**Bearbeitet am: 2010-11-25**

**Bearbeitungsdauer:**

---

In der Sitzung der Melderechtsreferenten von Bund und Ländern am 15./16. September in vBerlin wurde klargestellt, dass für die Speicherung und Übermittlung von Auskunftssperren für beigeschriebene Personen keine Änderung der 1.BMeldDÜV oder des MRRG notwendig ist.

Im Rahmen des CRs 2011-79 werden die Auswirkungen dieser Entscheidung analysiert und in OSCI-XMeld berücksichtigt. Die im vorliegenden CR aufgeworfenen Fragen sind im Rahmen der Arbeiten an CR 2011-79 zu berücksichtigen.

---

**Bearbeitet durch: AG Modellierung**

**Bearbeitet am: 2011-02-10**

**Bearbeitungsdauer: 150min**

---

Die zweite Stufe der Lösung (vgl. Bearbeitung vom 2010-02-11) ist nach Aufnahme der Nachrichten rund um die Partnerrückmeldung nicht mehr aktuell. In Anbetracht der neuen Prozesse rund um die ASP von beigeschriebenen Personen werden nun folgende Regelungen getroffen:

1. Die Regelungen aus 1.6 müssen auch in die Handlungsanweisungen 1.6.1 und 1.7 aufgenommen werden.
2. Die Regelungen aus Kapitel 3.3.1 werden wie folgt überarbeitet:  
*Im Folgenden wird definiert, welche Auswirkungen das Vorliegen von Auskunftssperren bei zuziehenden und nicht-zuziehenden Personen auf die Zulässigkeit des vorausgefüllten Meldescheins hat. Für die folgenden Regelungen ist nur das Vorliegen von Auskunftssperren nach § 21 Abs. 7 Nr. 2 MRRG (Schlüssel 1 aus Schlüsseltabelle 11) und nach § 21 Abs. 5 MRRG (Schlüssel 3 aus Schlüsseltabelle 11) relevant.*  
*Wenn mindestens eine der nicht zuziehenden Personen eine Auskunftssperre hat, darf der VAMS nicht eingesetzt werden. In diesem Fall wird Schlüssel 08 aus Schlüsseltabelle 66 übermittelt.*
3. Die Regelungen aus Kapitel 3.1.3 werden wie folgt überarbeitet:  
*Die Datenübertragung eines VAMS ist auch für einen Umzugsverband möglich (siehe Glossar).*
4. Aufnahme in Glossar: Umzugsverband (Familienverband): Angehörige einer Familie oder einer Lebenspartnerschaft mit denselben Zuzugsdaten (Tag des Zuzugs sowie frühere und gegenwärtige Wohnungen).

Es wäre vorstellbar, bei Vorliegen einer ASP für eine nicht zuziehende Person den VAMS zuzulassen, dann aber zu dieser Person (nicht zuziehend + ASP) alle Daten bis auf die Anschrift zu übermitteln. Von dieser Lösung wird abgesehen, weil es eine größere Änderung an der Nachrichtenstruktur nach sich ziehen würde, die in Anbetracht der relativ geringen Fallzahlen nicht gerechtfertigt zu sein scheint.

---

**Bearbeitet durch: Ullrich Bartels**

**Bearbeitet am: 2011-02-15**

**Bearbeitungsdauer:**

---

Folgende Punkte wurden bearbeitet:

1. Übernahme der Regelungen aus HA 1.6 in HAs zu 1.6.1 und 1.7.1, vgl. Ziffer 1 aus der Bearbeitung 2011-02-10
2. Überarbeitung der Abschnitte 3.3.1 und 3.1.3, vgl. Ziffern 2 und 3 aus der Bearbeitung 2011-02-10
3. Aufnahme des Begriffes „Umzugsverband“ in das Glossar, vgl. Ziffer 4 aus der Bearbeitung 2011-02-10
4. Redaktionelle Anpassungen
5. Anpassung der Versionshistorie des Kapitels „Anmeldung“
6. Generierung von Schemata sowie Erzeugung des Kapitels „Anmeldung“ zur Verifikation

---

**Bearbeitet durch: AG Test**

**Bearbeitet am: 2011-05-04**

**Bearbeitungsdauer:**

---

#### **QS der Bearbeitung der Gruppe Modellierung**

1. Übernahme der Regelungen aus HA 1.6 in HAs zu 1.6.1 und 1.7, vgl. Ziffer 1 aus der Bearbeitung 2011-02-10
  - a. HAW 1.6.1 **geprüft**
  - b. HAW 1.7 : es ist noch der Text "derzeit keine Handlungsanweisungen" über dem Eintrag vorhanden.
2. Überarbeitung der Abschnitte 3.3.1 und 3.1.3, vgl. Ziffern 2 und 3 aus der Bearbeitung 2011-02-10 **geprüft**

3. Aufnahme des Begriffes „Umzugsverband“ in das Glossar, vgl. Ziffer 4 aus der Bearbeitung 2011-02-10 **geprüft**
4. Redaktionelle Anpassungen **kann nicht geprüft werden**
5. Anpassung der Versionshistorie des Kapitels „Anmeldung“ **geprüft**
6. Generierung von Schemata sowie Erzeugung des Kapitels „Anmeldung“ zur Verifikation **kann nicht geprüft werden**

**Testsuite:**

Testfälle zum VAMS mit Auskunftssperre müssen geprüft werden.

**Status Modellierung:** "intern geprüft"

**Status Testsuite:** "eingeplant"

**Status Generator:** "erfasst"

---

**Bearbeitet durch: AG Test**

**Bearbeitet am: 2011-10-10**

**Bearbeitungsdauer: 15'**

---

Die Regelung im CR zum Umgang mit ASP bei beigeschriebenen Personen scheint von der Regelung in der Spezifikation abzuweichen. In den Bearbeitungsdaten (2011-02-10) findet sich die Aussage: „Wenn mindestens eine der nicht zuziehenden Personen eine Auskunftssperre hat, darf der VAMS nicht eingesetzt werden. In diesem Fall wird Schlüssel 08 aus Schlüsseltabelle 66 übermittelt.“, in der Zusammenfassung am Beginn des Dokument heißt es aber: „Es dürfen nur dann Daten einer nicht zuziehenden natürlichen Person im VAMS übermittelt werden, wenn die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. Für die nicht zuziehende natürliche Person existiert ein Eintrag im Melderegister der Wegzugsgemeinde (aktuell oder nicht aktuell).
2. Für die nicht zuziehende natürliche Person ist in dem Eintrag keine Auskunftssperre gespeichert.“

Es wird unterstellt, dass die Zusammenfassung im CR falsch ist, weil sich die Formulierung vom 10.2.2011 (s. o.) auch in der Spezifikation wieder findet. Aber die Zusammenfassung des CRs findet sich in der HAW zu 1.7

Testfälle VAMS mit ASP prüfen, es ist kein Testfall vorhanden, bei dem eine nicht zuziehende Person ein ASP gespeichert hat. Der Testfall 02.002.001.004 wird entsprechend erweitert.

Status:

---

**Bearbeitet durch: AG Test**

**Bearbeitet am: 2011-11-09**

**Bearbeitungsdauer: 15'**

---

**Klärung Widerspruch**

Das Ergebnis der Diskussion:

Es gibt keinen Widerspruch, wie zunächst gedacht. Die Lösung, die **vor** der Umsetzung in der Spezifikation 1.7.1 in den Handlungsanweisungen vorhanden ist, ist korrekt, da zu beigeschriebenen Partnern, die in einer anderen Gemeinde gemeldet sind, keine Daten übermittelt werden. In der Spezifikation 1.7.1 wurde die Formulierung bewusst gewählt. Hintergrund: zu 1.7.1 wurde die Auskunftssperre des beigeschriebenen Partners aufgenommen, so dass die Formulierung in der Spezifikation stimmt. Die Zusammenfassung im CR ist nicht korrekt.

**Testsuite:**

02.002.001.004 geprüft alles ok. Nachricht 0301 korrekt (Daten nicht vorhanden, Schlüssel 08 aus Schlüsseltabelle 66 eingetragen).

**Testgenerator**

Referenznachricht 02.002.001.004b-0203.xml

Abweichungscontainer fehlt: partner.anschrift und partner.auskunftssperre

Dies muss noch angepasst werden.

in Nachricht 0224 fehlt die wegzugsanschrift

in Nachricht 0223 fehlt die Auskunftssperre